

**Resolution
verabschiedet vom
38. DPT**



**38. Deutscher Psychotherapeutentag
23./24. April 2021**

Psychische Folgen der Coronapandemie ernst nehmen

Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus sind notwendig. Zugleich stellen sie eine außergewöhnliche psychische Belastung für jede Einzelne* in unserer Gesellschaft dar: Keine oder nur sehr begrenzte Sozialkontakte, Herausforderungen mit Home-Schooling und Home-Office, die Angst vor der Infektion, der Verlust Angehöriger, Familienkonflikte bis hin zu häuslicher Gewalt, aber auch Existenzängste aufgrund von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit sowie die Erkrankung an COVID-19 selbst. All das kann die Psyche überfordern, psychische Erkrankungen auslösen und bestehende psychische Symptomatiken verstärken.

Gerade diejenigen, die besonders auf Unterstützung angewiesen sind, wie Bewohner*innen von Pflege- und Seniorenheimen, Familien mit geringen sozialen und finanziellen Ressourcen sowie Kinder und Jugendliche, erhalten dabei keinen oder nur sehr schwer Zugang zu Hilfsangeboten und Unterstützungsleistungen.

Die psychosozialen Folgen des monatelangen Lockdowns sind in ihrer vollen Bedeutung aktuell noch nicht absehbar. Erste Studien legen nahe, dass zu den gesundheitlichen Folgeschäden durch die Pandemie verstärkt depressive Störungen sowie Angsterkrankungen und Traumafolgestörungen gehören werden. Es zeigt sich in Umfragen von Berufsverbänden schon jetzt eine deutlich erhöhte Nachfrage nach Therapieplätzen (+ 40 Prozent). Noch stärker ist die Nachfrage nach Psychotherapieplätzen für Kinder und Jugendliche (+ 60 Prozent). Diese erhöhte Nachfrage trifft auf vielerorts bereits vor Corona bestehende lange Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz. Es ist also mit einer weiteren Verschärfung der psychotherapeutischen Versorgungssituation zu rechnen. In Verbindung mit einer SARS-CoV-2-Erkrankung und insbesondere mit der Mutation B.1.1.7 zeichnet sich außerdem eine erhöhte Rate an Long Covid-Erkrankungen ab, mit belastenden somatischen, neuropsychologischen und psychischen Symptomen (z. B. Konzentrations-, Schmerz-, Schlafstörungen), wodurch der Bedarf an neuropsychologischen Behandlungsangeboten deutlich zunehmen dürfte.

Der Deutsche Psychotherapeutentag fordert deshalb von der Gesundheitspolitik eine vorübergehende Anpassung der psychotherapeutischen Beratungs- und Behandlungskapazitäten anhand des aktuellen Bedarfs:

- Unbürokratische und schnelle Bewilligung von Kostenerstattungsanträgen gemäß § 13 Absatz 3 SGB V in Privatpraxen durch die Krankenkassen,
- kurzfristige Schaffung zusätzlicher psychotherapeutischer Behandlungskapazitäten, z. B. durch befristete Anstellungen unter Anhebung der Leistungsobergrenzen oder per Ermächtigungen für alle Verfahren und Altersgruppen in Gebieten mit hohen Anfragezahlen für die Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigung und insbesondere für Neuropsychologische Psychotherapie,
- Verstärkung präventiver und unterstützender psychosozialer Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien, wie z. B. Ausbau der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologie, Ausbau der Beratungsstellen, Intensivierung der ambulanten Jugendhilfe,
- angemessene Finanzierung der psychologischen und neuropsychologischen Forschung zu Long Covid, u. a. zu Behandlungsoptionen.